

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff
und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Amtshauptmannschaft Weissen, für das Amtsgeschäft und den Stadtrat zu Wilsdruff
sowie für das Forst- und Jagdamt zu Tharandt.

Verantwortlicher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614

Nr. 140

Dienstag den 22. Juni 1920

79. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Verordnung über die Ernteschätzung im Jahre 1920

vom 18. Juni 1920.

Der Herr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat auf Grund der Verordnung über Kriegsmassnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 401) eine Ernteschätzung im Erntejahr 1920 an-
18. August 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 823)
und geordnet (Reichs-Gesetzbl. S. 1129). Zur Ausführung dieser Verordnung wird für den Freistaat Sachsen folgendes bestimmt:

§ 1.

Die Ernteschätzung für das Erntejahr 1920 findet statt:

I. während der Monate Juni und Juli für

1. Weizen

- a) Winterfrucht,
- b) Sommerfrucht,

2. Spelz-Dinkel, Fesen, Emmer und Einkorn (Winter- und Sommerfrucht), Ertrag in entpülter Frucht (Kernen).

3. Roggen

- a) Winterfrucht,
- b) Sommerfrucht,

4. Gerste

- a) Winterfrucht,
- b) Sommerfrucht,

5. Gemenge aus den Getreidearten 1 bis 4,

6. Hafer,

7. Gemenge aus Getreide aller Art mit Hafer;

II. während der Monate September und Oktober für Spätkartoffeln (Ernte nach dem 15. September).

§ 2.

Die Schätzung ist von den Beteiligten mit größter Gewissenhaftigkeit möglichst unmittelbar vor dem Beginn der Ernte, jedenfalls aber so zeitig vorzunehmen, daß die Einblendungsfrist der Erhebungsordnung gewahrt werden kann. Es ist anzustreben, daß das Ergebnis der Schätzung dem wirklichen Ernteertrag entspricht.

§ 3.

Für die Schätzung ist in jedem Bezirk ein Ausschuss zu bilden. Den Vorsitz hat der Amtshauptmann und in den bezirksfreien Städten der Stadtrat zu übernehmen. Auf die Auswahl der Mitglieder ist die größte Sorgfalt zu verwenden. Es wird zweckmäßig sein, auch die über den Saatstand und über die Ernte berichtenden Vertrauensmänner und sonstige mit der Schätzung von Feldfrüchten besonders vertraute Landwirte wie Jageltagatoren, Getreidelokommissionäre usw. zuzuziehen.

Neben dem Ausschuss können für den Bezirk Unterausschüsse gebildet werden, welche in größeren Teilen des Bezirks die Schätzung vornehmen.

Grundsätzlich soll kein Schätzer in der Gemeinde tätig sein, in der er angefallen ist. Die Gemeindeverordnungen sind anzuhalten, den Ausschussmitgliedern mit jeder Auskunft zur Seite zu stehen. Die Mitglieder der Ausschüsse sind befugt, zur Feststellung der Erträge die landwirtschaftlichen Grundstücke zu betreten und von den Früchten Proben zu entnehmen.

§ 4.

Die Amtshauptmannschaften haben für jede einzelne Gemeinde ihres Bezirks mit Einschluß der Städte mit revidierter Städteordnung und der selbständigen Gutsbezirke und die bezirksfreien Städte für ihren Stadtbezirk die Durchschnittserträge auf einen Hektar in dt (100 kg) schätzen zu lassen. Bei jeder Schätzung sind die Boden- und Vegetationsverhältnisse sorgfältig zu berücksichtigen und die durch Witterungs- oder sonstige Verhältnisse in den bei der Anbau- und Ernteflächenhebung ermittelten Flächen entstandenen Abweichungen zu berücksichtigen, dabei ist den in der Anleitung für die Ausfüllung der Erhebungsliste gegebenen Bestimmungen nachzugehen.

§ 5.

Schätzungen einzelner Ausschussmitglieder sind in einer gemeinschaftlichen Sitzung des Ausschusses (der Unterausschüsse) zu besprechen. Hierbei ist darauf zu achten, daß die Erträge im richtigen Verhältnis zu den Boden- und Anbauflächen stehen.

Sind Unterausschüsse gebildet, so sind deren Schätzungen wiederum von dem für den ganzen Bezirk gebildeten Ausschuss nachzuprüfen und nötigenfalls zu berichtigen.

Die Reichsgroßhandelsstelle ist berechtigt, zu jeder Sitzung eines Ausschusses Vertreter zu senden; das gleiche Recht hat die Reichskartoffelstelle für die unter § 1 Ziffer II aufgeführten Ernteschätzungen. Die von diesen Stellen namhaft gemachten Vertreter sind von jeder Sitzung eines Ausschusses oder Unterausschusses rechtzeitig zu benachrichtigen.

§ 6.

Bevor die Schätzung der Durchschnittserträge durch die Ausschussmitglieder beginnt, haben die Amtshauptmannschaften und bezirksfreien Städte die bei der Erhebung der Getreide- und Kartoffelflächen im Jahre 1920 festgestellten Flächen (Min.-Bl. vom 18. Mai 1920, Sächs. Staatszeitung Nr. 113) in den Listen vorzuschreiben zu lassen.

Sind die Durchschnittserträge geschätzt, nachgeprüft und in die Listen eingetragen, so haben die Amtshauptmannschaften die Vollständigkeit der eingegangenen Listen festzustellen, sobald die eingetragenen Durchschnittserträge mit den Ernteflächen zu vervielfältigen und das Ergebnis für den ganzen Bezirk aufzurechnen. Ist der Gesamtertrag festgestellt, so ist durch Division des Gesamtertrages durch die Gesamterntefläche der Durchschnittsertrag für den Bezirk zu errechnen.

Die ausgefüllten Vorbrücke sind spätestens bis zum 4. August 1920 für die im § 1 Ziffer I genannten Früchte und bis zum 18. Oktober 1920 für die im § 1 Ziffer II genannten Früchte an das Statistische Landesamt einzusenden.

§ 7.

Die für die Eintragung erforderlichen Vorbrücke werden den Amtshauptmannschaften und bezirksfreien Städten vom Statistischen Landesamt übersandt werden.

Dresden, am 18. Juni 1920.

957a VL2

Wirtschaftsministerium.

Wegen der allgemeinen Verbreitung der Maul- und Klauenseuche wird auf Grund von § 20 des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (RGBl. S. 519) für das gesamte Sächs. Staatsgebiet der Handel mit Klauenvieh im Umherziehen bis auf weiteres untersagt. Ausnahmen können die Kreis- und Amtshauptmannschaften für den Handel mit Ferkeln in Körben zulassen.

Zusicherungen werden nach § 74 Ziffer 3 des Viehseuchengesetzes mit Gefängnis bis zu 2 Jahren oder mit Geldstrafe von 15 bis zu 3000 Mark bestraft. Neben der Gefängnisstrafe kann auf Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Dresden, am 16. Juni 1920.

Wirtschaftsministerium.

Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn. Ausstellung von Steuerkarten.

Zur Bekanntmachung des Finanzamtes Weissen vom 19. Juni 1920 wird folgendes bekanntgegeben:

Die Ausfertigung der Steuerkarten für die hier wohnhaften oder beschäftigten Arbeitnehmer erfolgt am 23., 24., 25. Juni in hiesiger Steuerkasse in der Zeit von vormittags 8—1 Uhr und nachmittags 1/23 bis 5 Uhr. Die Arbeitnehmer haben der Steuerkasse einen Personalausweis (Einwohnermelde-schein, Steuerzettel, Paß oder dergl.) vorzulegen.

Die Ausstellung der Steuerkarten kann von uns auf Antrag auch Arbeitgebern überlassen werden. Diese Anträge sind von diesen rechtzeitig vor dem 23. Juni 1920 unter Angabe der Zahl der für die von ihnen beschäftigten Arbeitnehmer benötigten Steuerkarten zu stellen. Die Steuerkarten können gleich bei der Abgabe dieses Antrags in der Steuerkasse in Empfang genommen werden.

Wilsdruff, am 20. Juni 1920.

677a

Der Stadtrat.

Kartoffel-Verkauf. Mittwoch den 23. Juni 8—11 und 1—4 Uhr am Rittergutsbesitzer, rosar Barndegusscheim Nr. 37 je 10 Pfund. Preis das Pfund 20 Pfennige. — Die Kartoffeln sind von guter Beschaffenheit.

Wilsdruff, am 20. Juni 1920.

Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabt.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Nach dem jetzt veröffentlichten endgültigen Wahlergebnis zählt der neue Reichstag 403 Abgeordnete.
- * Die Kosten der künftigen Erhebung betragen allein für das erste Vierteljahr 1920 die Summe von 2 1/2 Milliarden Mk.
- * Eine amerikanische Firma hat bei der Bepfeiler-Werke ein Aufschiff bestellt, um zwischen Amerika und Europa einen Luftdienst einzurichten.
- * Die Transaktionen der landwirtschaftlichen Unternehmer und die Verbände von Handel, Industrie, Handwerk und Gewerbe haben den Zusammenschluß zu einem Zentral-ausschuss der Unternehmerverbände beschlossen.
- * In dem Prozeß gegen die Warburger Zeitungsverleger wurden sämtliche Angeklagte freigesprochen.
- * Ein Gesetzentwurf über das Dienstverhältnis der preussischen Gemeindebeamten befindet sich in Vorbereitung und wird mit größter Beschleunigung der preussischen Landesver-sammlung zugehen.

Zwangs- oder freie Wirtschaft?

Besprechungen, die in den letzten Tagen im Ernährungsministerium stattgefunden, sollten nach Mitteilungen in der Presse zu dem Ergebnis geführt haben, mit der Zwangswirtschaft für alle Nahrungsmittel außer Getreide und Milch bis zum 1. Oktober auszuräumen. Demgegenüber bemerkte das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, daß es an eine Aufhebung der Zwangswirtschaft zum 1. Oktober nie gedacht hat und nicht denkt, und daß auch Reichsminister Dr. Hermes eine Auffassung, wie sie ihm zu-geleitet wird, nie geäußert hat; im Gegenteil sieht das Reichsministerium für Ernährung und Land-wirtschaft auf dem Standpunkt, daß schon im Hinblick auf die allgemeine Ernährungslage eine solche Maß-regel die größten Gefahren mit sich bringen würde. Es haben allerdings verschiedene wichtige Sitzungen über Er-nährungs- und Landwirtschaftsfragen im Reichsministerium

für Ernährung und Landwirtschaft stattgefunden; auch sind in inneren Besprechungen im Ministerium entscheidende Beschlüsse über den beabsichtigten Abbau einer Reihe von Zwangsgesellschaften gefaßt worden. Jedoch hält das Ministerium nach wie vor daran fest, daß für die wichtigsten Nahrungsmittel in der nächsten Zukunft an eine Freigabe nicht gedacht werden kann. Das gilt nicht nur für Getreide und Milch, sondern z. B. auch für Fleisch. Gerade hierüber ist in diesen Tagen eingehend verhandelt worden, und es wurden auch scharfe Angriffe gegen die Zwangswirtschaft gerichtet, schließlich haben aber selbst hervorragende Vertreter der Land-wirtschaft die Berechtigung der gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft bestehenden Bedenken anerkannt und sich während einer Übergangszeit mit einem bloßen Umbau der Zwangswirtschaft einverstanden erklärt, bis durch den Wieder-aufbau unserer Viehwirtschaft die Vorbedingungen für die Freigabe von Vieh und Fleisch geschaffen worden sind. Das Reichsministerium erstrebt vor wie nach nur einen

planmäßigen Abbau der Zwangswirtschaft. Besonders soll, soweit als möglich, wieder die freie Einfuhr zugelassen werden zunächst für Mehl, Eier, frisches Gemüse und Obst, mit Ausnahme von Luxusbrot und Süßfrüchten, später auch soweit als möglich für andere Lebensmittel.

Für diejenigen Nahrungsmittel, welche die Grundlage der Ernährung bilden, kann jedoch eine Lockerung oder Aufhebung der Zwangswirtschaft erst in Frage kommen, wenn Sicherheit besteht, daß bei freier Wirtschaft für jeden die Deckung des Bedarfs zu erträglichen Preisen möglich ist. Soweit das Reichsministerium.

Der erste Gedanke des fartengeplagten Bürgers bei der ersten so bestimmt auftretenden Nachricht dürfte ein Aufatmen der Befreiung gewesen sein, denn das Kartennwesen ist in den letzten Jahren wirklich je länger, je mehr ein Herd der Not geworden, — man braucht ja nur an die Fleischkarte zu erinnern, bei der es allmählich glücklicherweise so weit gekommen war, daß selbst diese der mit dem Verkauf des „Kartenscheitels“ (es war meist keines, das diesen Namen wirklich verdient hätte...) beauftragten Metzger mehr „Schleischhandelsfirma“ verkauft als amtlich zugewiesenes. Und wie beim Fleisch, so war die Lage bei der Butter wie bei den verschiedensten anderen Lebensnotwendigkeiten, bis zu den an vielen Orten auf Karten zugewiesenen Händlern herunter. Daß also die Zwangswirtschaft ein Übel ist, eine Zwangssacke überdies, die allerorten aufsteigt und droht, bedarf keines Beweises mehr. Die Frage ist lediglich die, ob man die letzten Resten (eine ganze Reihe sind ja im Lauf dieses Jahres gefallen) unbedenklich jetzt lösen kann und was die Wirkung des freien Handels auf diesem Tätigkeitsgebiet sein würde.

Eines ist dabei vorauszusetzen: mit der Brotkarte, die Frankreich, Italien und die Tschechoslowakei jetzt wieder eingeführt haben, die sich sogar in Großbritannien drohend ins Gesichtsfeld drängt, wird auf absehbare Zeit noch gerechnet werden müssen; die Zeiten, in denen wir Brot im Überfluß hatten, sind zunächst vorüber. Auch um die Butterkarte werden wir im nächsten Jahr ganz bestimmt nicht herumkommen (wie auch die nicht ganz hierher gehörende Kohlenkarte sicherlich auch noch jahrelang treu bleiben wird). Von den übrigen Karten aber haben eigentlich nur noch die Fett- und die Kartoffelkarte größeren Wert, die ebendiesem sogenannten „Sonderzustand“ haben ihre Bedeutung längst eingebüßt, sind seit dem Wiederaufleben des freien Handels immer geringer geworden und haben, wie belläufig bemerkt sei, vielen Stadtvorkontrollen, die sich auf die Verteilung großer Mengen von Hülsenfrüchten vorbereitet hatten, infolge des Preisfalles und der Nichtabnahme durch die Bürger große Verluste gebracht.

Können wir aber auch die Butter-Fett-Karte fallen lassen? Dagegen scheint zunächst die Notwendigkeit weiterer Bewirtschaftung der Milch zu sprechen, die sich ja jedem unvoreingenommenen Beobachter aufdrängt: aber die Mengen von Butter, die der Schleichhandel heute vertreibt, sind so groß, die Butter- und Fettmengen, die auf Karten zugewiesen werden können, in den meisten Orten außerhalb Berlins so gering, daß eine große Veränderung im Markt durch die Aufhebung des Kartenzwanges kaum eintreten würde. Für die in den Handel kommenden Fettmengen bietet die Regelung der Einfuhr, auf die wir ja doch zum großen Teil angewiesen sind, ein ganz gutes Sicherheitsventil, und es ist gar nicht unmöglich, daß es leichter sein würde, die als Milch notwendigen Milchmengen zu „erfassen“, als wenn gleichzeitig die zur Verhütung bestimmten Mengen mit abgeteilt werden müßten.

Schwieriger liegt die Sache bei der Kartoffelkarte; an sich kann allerdings kaum ein Zweifel daran sein, daß die zur Ernährung der Bevölkerung notwendigen Mengen bei einigermaßen durchschnittlichen Ernten verfügbar sind, wenn nicht allzuviel in den Vorräten und den Futtertrögern wandert. Aber der letztere eben bildet einen recht bedenklichen Stein des Anstoßes, einen um so bedenklicheren, als gleichzeitige Bindung der Halmfrüchte und Freigabe der Kartoffel leicht die Folge haben könnte, zwar die Kartoffeln in den Handel — dafür aber gefährlich große Mengen Getreide in den Futtertrögern zu bringen. Und das wäre natürlich ein schlechter Kauf. Die Bedenken, die sich aus den Erwägungen ergeben, werden auch dadurch nicht geringer, daß dem Gedanken einer teilweisen Freigabe der Kartoffeln seit langem das Wort geredet wird. Dazu kommt noch die

Gefahr, daß bei völliger Freigabe des Kartoffelhandels diese Frucht mindestens vorübergehend einen unangemessen hohen Preis erreichen und dies recht unvorteilhafte soziale Folgen nach sich ziehen könnte.

Im ganzen steht in den Märschen der weitesten Kreise, von der Zwangswirtschaft los zu kommen, ein berechtigter Kern. Nur wird, wie auf vielen anderen Gebieten, auch hier die Rückkehr zur schrankenlosen freien Wirtschaft durch Hindernisse verwehrt, die schwerer ins Gewicht fallen als die drängenden Wünsche Beteiligten von beiden Seiten, die oft genug — das haben in die letzten Monate zur Genüge erwiesen — nicht in der Lage sind, die weiteren Konsequenzen ihres Drängens zu übersehen. Fort mit den Karten, — schon, schon der... Papiererparnis halber, aber nur dann, wenn für die ersten Notwendigkeiten, vor allem also die Sicherung einer einigermaßen ausreichenden Menge Getreide, nicht allzuhohe ausgemessene Vorräte volle Vorzüge getroffen ist. Und dazu dürfte eine gewisse Beobachtung auch des Kartoffelmarktes und der Kartoffelverfügung wahrscheinlich unerlässlich sein. *Leonhard Hagebuecher.*

Das amtliche Wahlergebnis.

486 Abgeordnete.

Der Reichswahlleiter Delbrück veröffentlicht im Reichsanzeiger das amtliche Ergebnis der Reichstagswahl vom 6. Juni. Die amtlichen Feststellungen weichen in vielen Punkten von den bisher veröffentlichten Ergebnissen ab. Nach dem amtlichen Statistikk wurden insgesamt 28 017 690 Stimmen abgegeben. Die Zahl der in den Wahlkreisen gewählten Abgeordneten beträgt 229, durch Berechnung in den Wahlverbänden erhielten weitere 44 Bewerber Sitze im Reichstag, und durch die Reichswahlleiter wurden 51 Sitze verteilt. Die Zahl der in den Abstimmungsgebieten bei den Nationalwahlen des Vorjahres gewählten Abgeordneten, die vorläufig Mitglieder des Reichstags blieben, beträgt 42, so daß der neue Reichstag insgesamt 486 Mitglieder zählen wird. Davon entfallen auf:

Sozialdemokraten	112
Zentrum	68
Demokraten	45
Deutschnationale	68
Deutsche Volkspartei	62
Unabhängige	81
Kommunisten	2
Bayerischer Bauernbund	4
Wahl- u. d. d. Gruppe	5
Wahl- u. d. d. Gruppe	21

Die abgegebenen 28 017 690 Stimmen verteilen sich auf die einzelnen Parteien wie folgt: Sozialdemokraten 6 614 456, Zentrum 3 540 890, Demokraten 2 202 304, Deutschnationale 3 736 778, Deutsche Volkspartei 3 068 316, Unabhängige 4 865 317, Mittelständler 11 970, Kommunisten 441 995, Nationaldemokraten 3 898, Bayerischer Bauernbund 21 884.

Sein oder Nichtsein!

400 000 Deutsche müssen in ihre Geburtsorte beordert werden, um dort in der entscheidenden Abstimmung

„Deutsch!“

zu rufen und dadurch das Gespenst der Hungersnot zu verstreuen. Das Reich darf nach dem Friedensvertrag die Mittel nicht geben.

Du mußt geben!

Zahle sofort ein für die Grenzspende der Krishauptmannschaft Dresden auf Deine Bank-Sparkasse oder Zeitung oder direkt auf Postcheckkonto Leipzig 113031

Weser 319100, Wirtschaftsbund 88662, Bayerische Volkspartei 296941, Deutschnationalen 7218, Lausitzer Volkspartei 8062, und gesplittet haben sich 84708 Stimmen.

Der neue Reichstag.

Wer wird Präsident?

Die Wahl des Reichstagspräsidenten beschäftigt naturgemäß schon jetzt die Parteien. Die stärkste Partei sind die Reichsbanner, und sie haben demgemäß Anspruch auf den ersten Präsidenten, wollen aber davon keinen Gebrauch machen. Infolgedessen erheben die Unabhängigen Anspruch auf diesen Posten. Wahrscheinlich dürfte aber eine Einigung dahin erfolgen, daß der Präsident von einer der Regierungsparteien gestellt wird, wahrscheinlich vom Zentrum, und die Rechte, die Demokraten und die Unabhängigen je einen Vizepräsidenten stellen. Die Wahl eines unabhängigen Sozialdemokraten zum ersten Präsidenten lehnen die bürgerlichen Parteien ab, weil sich diese Partei gewelget hat, sich an der Regierungsbildung zu beteiligen. Es wird aber der Versuch gemacht werden, die Reichsbanner zu bewegen, den Kandidaten zum ersten Präsidenten doch zu stellen. Die Präsidentenwahl wird die erste Belastungsprobe für den neuen Reichstag werden.

Die ersten Arbeiten.

Wie verlautet, wird der neue Reichstag nur bis zum 2. Juli tagen und sich alsdann auf einige Zeit vertagen, um erst wieder zusammenzutreten, wenn die Ergebnisse von Spa vorliegen. Die ersten Sitzungen in der nächsten und übernächsten Woche werden ausgefüllt mit der Wahl des Reichspräsidenten, Entgegennahme von Erklärungen der neuen Regierung und Begenerklärungen der Parteien bei Verabschiedung einiger wichtiger Vorlagen finanzieller Art: Bewilligung von Mitteln zur Senkung der Lebensmittelpreise, Bewilligung von Staatsmitteln für die Monate Juli-September. In sachliche andere Beratungen wird der Reichstag vorläufig nicht eintreten. Man rechnet, wenn in Spa keine Zwischenfälle eintreten, Anfang August mit einem erneuten Zusammentritt des Parlamentes, um der neuen Regierung Gelegenheit zu geben, sich einzuarbeiten.

Der Reichswirtschaftsrat.

Selne Beschlüsse und Geschäftsordnung.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat, der bekanntlich am 30. Juni zum ersten Male im Reichshaus zusammentrat, wird in seiner Ausgestaltung parlamentarische Formen erhalten. Der Wirtschaftsrat wird in seinen ersten Sitzungen sein Präsidium wählen und eine Geschäftsordnung annehmen. Ein vorläufiger Entwurf, der sich an die parlamentarischen Geschäftsordnungen anlehnt, ist bereits ausgearbeitet. Nach dieser Geschäftsordnung steht der Reichswirtschaftsrat im Range einer Volksvertretung, seine Mitglieder sind immunität. Der Rat hat das Recht, Vorlagen zu begutachten, neue Vorlagen vorzuschlagen. Die endgültige Verabschiedung liegt allerdings dem Reichstage ob. In Zukunft werden wirtschaftliche Vorlagen aber fast ausschließlich im Reichswirtschaftsrat besprochen werden. Der Wirtschaftsrat kann auch Interpellationen an den Reichskanzler richten, er erhält das Recht, Mitglieder der Regierung zu seinen Arbeiten herauszuholen. Neben der Vollversammlung tagen Ausschüsse, die eine besondere Geschäftsordnung erhalten. Der Reichswirtschaftsrat wird zunächst wohl nur einige Tage in Berlin zusammenbleiben.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Die Reichsschulkonferenz beendet am 10. Juni ihre Beratungen, nachdem die Berichte über die Arbeiten der Ausschüsse erledigt waren. Unterrichtsminister Schulz sprach sich vorher noch gegen das Aufwerfen weiterer konfessioneller Streitfragen aus. Professor Dietrich brachte einen Antrag an das deutsche Volk ein zur Sammlung eines Fonds für Versuchsschulen. Als letzter Punkt der Tagesordnung wurde die Frage der Lehrerbildung eingehend besprochen.

+ Die Entente zieht deutsche Steuern ein! Der in Oberschlesien durch den 10 %igen Abzug von Lohn und Gehalt erbrachte Steuerbetrag wird nicht dem Reiche zullehen,

Die wilde Hummel.

Roman von Erich Friesen.

27] „Ich habe schon damit begonnen. Wozu brauche ich den Schmutz? Gesellschaften besuche ich ja doch nicht. Für Papa ist mir kein Opfer zu groß.“

Er schweigt und nagt an der Unterlippe. „Der Familienschmutz ist sehr wertvoll,“ fährt sie etwas lebhafter fort. „Ich habe ihn schon abschätzen lassen.“

„Nein, das gebe ich nicht zu!“ fällt Norbert erregt ein. „Der Familienschmutz der Achenbachs in den Händen von Pfandleihern und Wucherern! Eine Schande wäre’s!“

„Es gibt keinen anderen Ausweg, lieber Bruder!“ Wieder schweigt Norbert eine Weile. Dann ruft er heftig:

„Hätte ich doch einen anderen Beruf ergriffen! Hätte ich studiert oder die Beamtenkarriere gewählt — dann könnte ich Euch jetzt Zuspruch geben, anstatt als armer Leutnant Euch auch noch auf der Tasche zu liegen!“

„Die Achenbachs waren seit Generationen Offiziere, Norbert! Auch würde ein Beamtengehalt uns nicht bitterelnde erhalten können!“ tröstet sie liebreich. Ein Seufzer entringt sich Norberts Brust.

Und plötzlich juckt es ihm wieder durch den Kopf eindringlicher, lauter, denn je zuvor!

„Und Millionen hat sie. Zehn Millionen!“ Nicht mehr ganz so unendlich erscheint ihm der Gedanke, um die Hand der jungen Erbin Klara Achenbach anzuhalten... Wenn nur Liselotte d’Esterre nicht wäre!

Anstatt seinem Onkel auszuweichen, wie er es sich zuerst vorgenommen hatte, sucht Norbert ihn gleich nach der Unterredung mit Eva auf.

Das Gespräch zwischen den beiden Männern ist ein überaus ernstes und geht auch nicht ohne heftige Meinungsverschiedenheiten ab. Aber im Kern der Sache sind sie einig.

Birkenfelde muß gerettet werden. Und damit das Leben des weißhaarigen Oberhauptes der Familie — gleichviel, um welchen Preis.

11.

Am vierten Tage nach dem Fest bei den Szaparys ist es

Liselotte d’Esterre sitzt in einem nicht ganz einwandfreien Morgenrock in ihrem noch nicht ganz ausgeräumten Zimmer und schmökert in einem französischen Eitennroman.

Doch ihre Gedanken sind nicht bei der sonst ihrem Geschmack durchaus entsprechenden, spannenden, etwas schlüpfrigen Handlung. Mit seltener Hartnäckigkeit weisen sie bei dem neulichen Fest.

Und es scheinen nicht die angenehmsten Gedanken zu sein — nach der unvollten Stirn und den fest zusammengepreßten Lippen der schönen Dame zu urteilen.

Liselotte d’Esterre hat keine eigene Wohnung. Sie wohnt bei ihrer Großmutter, der Witwe eines hohen Staatsbeamten — seit vielen, vielen Jahren.

Liselotte denkt nicht gern an ihre erste Kindheit zurück.

Ihr Vater, ein französischer Militär-Attache, hatte durch Spiel und andere Leidenschaften in wenigen Jahren sein eigenes und das Vermögen seiner Gattin, der einzigen Tochter des Ministerialdirektors Sinapius, durcheinander gebracht, wurde, Ehrenschnulden halber, von seiner Regierung abberufen und mußte den Dienst quittieren. Seine Gattin blieb auf Wunsch ihrer Mutter mit der kaum sechsjährigen Liselotte zurück, da sie sich, und besonders das Kind, nicht dem ungewissen Schicksal des leichtsinnigen Mannes im fremden Lande aussetzen wollte.

Von da ab bewohnten die drei — Großmutter, Mutter und Kind — ein kleines Stodwerk in der Linienstraße am Potsdamer Platz. Sie mußten sich von Anfang an sehr einrichten, um „nach außen hin“ landesgemäß anzutreten zu können. Die Prachtstücke aus der früheren Blanzzeit wurden verkauft und nur das Notwendigste behalten.

Als Liselotte zwölf Jahre zählte, starb ihre Mutter. Das Kind blieb allein bei der Großmutter und war bald durch sein eigenwilliges, tyrannisches Wesen die eigentliche Herrin im Hause.

Je mehr das Mädchen heranwuchs, um so mehr hieß es, sich einzurichten. Liselotte war eitel und beanspruchte schone Kleider und Schmuck und allerhand aufstrebenden

Tanz — schon, als sie die Tanzstunde besuchte. Um wieviel mehr, als sie erwachsen war und später sogar, im Anbeken an die großen Verdienste ihres verstorbene Vaters, zu den Hofflichkeiten hinzugezogen wurde.

Liselotte d’Esterre hat eine Unmasse Verehrer. Fast jeder junge Leutnant schwärmte einmal für sie. Aber keinem von all diesen Schmetterlingen fiel es je ein, um die Hand des armen Mädchens anzuhalten. Und wenn es wirklich irgendwo solch einen idealgesinnten Jüngling unter dem Schwarm ihrer Verehrer gegeben hätte, der über diesen Mangel hinweg sah, so würde er voraussichtlich einen Korb erhalten haben.

Denn Liselotte d’Esterre liebt Norbert Achenbach. Liebt ihn — mit der ganzen Glut ihrer heißblütigen Herzens. Und mit eiferfüchtigen Augen bewacht sie sein Tun und Treiben — stets in geheimer Angst, irgendwo eine Abkalt auszufahren, die das Besitz, was ihr, der schönen Liselotte, fehlt:

Den goldenen Hintergrund!

Bis jetzt konnte Liselotte d’Esterre ruhig sein: ohne daß jemals ein Wort von Liebe zwischen ihr und Norbert gefallen ist, weiß sie doch, daß sein Herz ihr gehört. Weiß sie, daß er sich niemals irgend einer anderen Dame der Gesellschaft in besonderer Weise genähert hat. Und ihr erspinnerisches Hirn müht sich Tag und Nacht ab, ob es nicht einen Weg gäbe, der ihr ein Vermögen brächte, damit sie die Frau des geliebten Mannes werden könne.

Die abenteuerlichsten Pläne durchkreuzen dabei ihren Kopf: vielleicht könnte sie mit ihrer schönen Stimme Sängerin werden und viel Geld verdienen — aber würde das nicht zu lange dauern? Oder sie könnte einen reichen alten Mann heiraten — aber wenn er dann nicht so bald, wie sie erhoffte, starbe? Oder sie könnte — könnte — was könnte sie nicht alles?

Schlieflich war sie tug genug, um einzusehen, daß all dies Utopien waren, die nie zur Ausführung kommen würden. Auch hätte sie sich in Wirklichkeit kaum entschließen können, auf den Gimpelfang zu geben, um sich einen reichen Mann zu angeln. Und sie liebte ja Norbert v. Achenbach, den schönen, glänzenden Leutnant. Und — sie weiß: sie wird von ihm wiedergehört!

(Fortsetzung folgt.)

sondern von der internationalen Kommission angeliefert und zur Wiedergutmachung, also als Kriegsschädigung, verwendet werden. Die Kommission hat aus allen Steuern in den letzten zwei Monaten bereits, wie die Ostdeutsche Morgenpost schreibt, 200 Millionen Mark eingezogen. Diese Ragnahme stellt eine offenkundige Verletzung des Friedensvertrages dar, denn während Artikel 248 des Vertrages nur besagt, daß alle Vermögenswerte und Einnahmequellen Deutschlands und der deutschen Bundesstaaten an erster Stelle für die Bezahlung der Wiedergutmachung halten, bestimmt Artikel 83, Abhang, § 3, über das Abgabengebiet im Osten ausdrücklich: Die Kommission soll alle von der deutschen oder preussischen Regierung ausgeübten Machtbefugnisse beiseite lassen, mit Ausnahme derer, die die Bezahlung und die Steuern betreffen.

2 1/2 Milliarden Besatzungskosten. Aus Paris wird gemeldet, daß für das erste Vierteljahr 1920 für die Kosten der Besatzungstruppen von Deutschland 2 1/2 Milliarden Mark gefordert wurden. Die deutsche Regierung hat die Kosten für die belgische Teilnahme an der internationalen Rheinlandkommission auf eine Million Frank im Jahre geschätzt. Es stellt sich indes heraus, daß 1,5 Millionen gebraucht wurden. Man beginnt daher zu zweifeln, daß Deutschland in der Lage sein werde, alle diese ihm durch den Friedensvertrag auferlegten Nebenlasten zu tragen.

Ein Milchmilchgesetz ist in Vorbereitung und dürfte demnächst den gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet werden. Es geht vor allem eine besondere Regelung des Milchhandels mit Milch vor. Den Milchhändlern wird vorgeschrieben werden, welche Waren sie außer Milch noch führen dürfen, um allen hygienischen Anforderungen zu genügen. Außerdem ist eine Zusammenlegung der Milchgeschäfte vorgesehen, um ihre Rentabilität zu sichern.

Rußland.

Krusus an die alten Offiziere. Semin, Trojki und der Justizminister Kurtsi fordern in einem Manifest das alte Offizierskorps auf, die Kämpfe in der Krim, im Kaukasus und in Sibirien einzustellen und sich der Sowjetregierung für den Kampf gegen das imperialistische Votum zur Verfügung zu stellen. Wenn sie zum Siege Russlands beitragen, würde man ihnen Anwartschaften für ihre frühere Tätigkeit in den Exeren Koltschaks, Denkins und Wrangels gewähren. Ein ähnlicher Krusus, sich dem Vaterlande zur Verfügung zu stellen, wird an die Marineoffiziere und die russische Intelligenz gerichtet.

Japan.

Rückgabe Tsingtau an China. Japan veröffentlicht den Inhalt einer an China gerichteten Note. Darin wird wiederholt gesagt, daß Japan wünschenswerte Verhandlungen über die Rückgabe von Kiautschau an China einzuleiten. Japan sei zur Rückgabe dieses Gebietes und zur Zurückziehung der Truppen bereit. Die Note erinnert daran, daß China vor dem Versailler Frieden in die Übertragung von Schantung an Japan eingewilligt hat.

Verschiedene Meldungen.

Berlin. Der Verband deutscher Samt- und Wollfabrikanten hat am 18. Juni die Preise für Krausenlamme um 25 % erhöht. Ferner hat der Verband deutscher Samt- und Wollfabrikanten den Preis für schwarzes Samtband um 50 % auf 900 % herabgesetzt, für farbiges Samtband um 800 % auf 1000 %.

Paris. Marcel Outin schreibt im „Echo de Paris“, daß infolge der Schwierigkeiten, die Herr Fehrenbach bei der Bildung des deutschen Kabinetts habe, die Konferenz von Spa abermals verschoben wird, und zwar auf den 10. Juli.

Auswanderung.

Aus verschiedenen Gegenden Deutschlands, in der Hauptsache aus Mitteldeutschland, erhalten wir eingehende Berichte über eine großartige Bewegung unter der Arbeiterklasse, die sich zur Auswanderung nach Rußland zu bewegen. Nach zuverlässigen Mitteilungen sollen sich allein in der Magdeburger Gegend über 9000 Arbeiter unterfänglich bereiterklären haben, mit ihren Familien nach Rußland auszuwandern und bereits mit Reisepapieren und Pässen versehen sein. Die Vorbereitungen sind schon soweit gediehen, daß die Auswanderer bereits mit der Versicherung ihres Hab und Gutes begonnen haben, da ihnen versprochen worden ist, daß die russische Regierung ihnen alles zum Leben nötige zur Verfügung stellen wird. Es handelt sich dabei fast ausschließlich um Leute, die nie in Rußland gewesen sind und weder Sprache noch Verhältnisse dort kennen.

Von genauen Kennern des heutigen Rußland werden wir eindringlich ermahnt, unsere Landsleute vor derartigen Verlockungen zu warnen. Wer aber diesen nicht glauben will, der halte sich an die Ausführungen der russischen Nachrichtenblätter selbst oder an die Warnungen, die deutscherseits von Stellen kommen, die nicht im Verdacht der Gegnerschaft zu Rußland stehen. Der Vorsitzende des obersten Rates für Volkswirtschaft, Mikutin, hat zu Beginn dieses Jahres ein Radiotelegramm abgefaßt, worin er den Arbeitern aus allen Ländern, welche nach Rußland kommen wollen, um dort Arbeit zu suchen, rät:

„Nur spezielle Delegationen dorthin zu senden, um die Verhältnisse zu studieren. Arbeiter, welche nach Rußland auswandern, können nicht darauf rechnen, bessere Bedingungen zu finden, als die russischen Arbeiter selber.“

Und ein ebenso unverfälschter Zeuge, die Berliner „Note Kadane“ bringt in ihrer Nr. 31 vom 19. Mai unter dem Titel „Wegen die Auswanderungspropaganda“ folgende Ratschläge:

„Ein Auswanderer, dessen Zentrale ihren Sitz in Belgien hat, entfaltet in verschiedenen Gegenden Deutschlands, insbesondere in Rheinland-Westfalen rege Propaganda für die Auswanderung nach Rußland. Die Agenten dieses Belagers behaupten, mit Habel in Verbindung zu stehen. Wir machen erneut darauf aufmerksam, daß die Erfahrungen der Agenten ein ganz falsches Bild über die Verhältnisse in Rußland zeichnen. In Rußland besteht bei dem außerordentlichen Mangel an Produktionsmitteln und Rohstoffen keine Aussicht auf eine Auswanderung von Arbeitern, erst dann in Frage, wenn Rußland wiederum Handelsbeziehungen zu den anderen Staaten unterstellt.“

Würde es sich bei diesen Auswanderern um jene Elemente handeln, die durch ihre antichristliche und heberische Tätigkeit im Lande dem Wiederaufbau Deutschlands immer neue Schwierigkeiten bereiten, so könnte man deren Abwanderung in nur auf das Freudigste begrüßen. Die werden sich aber schon hüten, da sie genau wissen, daß der wirkliche Zustand der Dinge dort recht wesentlich von ihren Schilderungen abweicht. So leicht aber zu fürchten, daß sich manche fleißigen und tüchtigen Arbeiter verlocken lassen mit ihren Familien auszuwandern, um in der Ferne das Glück zu suchen, das von ihrer Heimat genährt ist. Wie vielen anderen vor ihnen, die in früheren Jahrzehnten bei ähnlichen wirtschaftlichen Verhältnissen den gleichen Weg gingen, wird es auch den meisten von ihnen gehen: sie werden in der Fremde der Kulturdünger für andere Nationen werden.

Sie Deine Grenz-Spende für die Volksabstimmung

dem Deutschen Schulbund
Annahmestelle

Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, dänische, österreichische, ungarische oder tschechische Kronen, Schweizer und französische Frank und wie sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief“ = angeboten, „Geld“ = gekauft.)

Währungsplätze	19. G.		18. G.		Stand
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Holland . . . Gulden	1378,89	1081,70	1383,80	1086,40	170 Mt.
Dänemark . . . Kronen	641,85	642,15	639,25	640,00	112 „
Schweden . . . Frank	—	—	—	—	72 „
Amerika . . . Dollar	—	—	38,57 1/2	38,67 1/2	4 40 „
England . . . Pfund	—	—	153,55	158,95	20 20 „
Frankreich . . . Frank	—	—	307,20	307,80	80 „
Italien . . . Lire	229,75	290,25	232,25	232,75	80 „
Osterr. Kronen	26,59 1/2	26,65 1/2	26,54 1/2	26,60 1/2	85 „
Ungarn . . . Kronen	21,97	22,03	21,97	22,03	85 „
Tschechien . . . Kronen	65,95	65,95	65,90	65,10	85 „

Preise für Frühkartoffeln. Eine Verordnung vom 14. Juni bestimmt, daß der Preis für die Tonne Kartoffeln aus der Frühkartoffelernte 1920 640 Mark nicht übersteigen darf, wenn die Lieferung zwischen dem 1. Juli und dem 14. September einschließlich erfolgt. Die Landeszentralbehörden können den Preis aber für die Zeit vom 1. bis 31. Juli auf 750 Mark erhöhen und den Preis für die Zeit vom 1. August bis 14. September auf den vom 15. September ab geltenden, demnachst festzusetzenden Preis herabsetzen. Für die Abgabe durch den Erzeuger im Kleinverkauf können andere Preise festgesetzt oder zugelassen werden. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft behält sich zudem vor, die Preise, soweit dies zur Sicherung rechtzeitiger Ablieferung erforderlich erscheint, zu bestimmten Zeiten zu erhöhen oder herabzusetzen.

Gewerkschaft der deutschen Unternehmer. Die Organisationen der landwirtschaftlichen Unternehmer und die Spitzenverbände von Handel, Industrie, Handwerk und Gewerbe, haben den Zusammenschluß zu einem Zentralausschuß der Unternehmerverbände beschlossen. Der Zentralausschuß bezweckt die geschlossene Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftspolitischen Interessen der deutschen Unternehmerrchaft und die einheitliche Abwehr gegen sie gerichteten Bestrebungen. Durch die Errichtung dieses Zentralausschusses hat die Forderung des Handelsbundes zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Unternehmer ihre sachliche Begründung gefunden.

Nah und fern.

Ein Überlebender von der „Gneisenau“. Nach 7 1/2 jähriger Abwesenheit ist, wie man aus Gelsenkirchen berichtet, ein Überlebender von der „Gneisenau“, der Sohn des Klempnermeisters Becker im Stadtteil Akenhof, in die Heimat zurückgekehrt. Nach dem heldenhaften Kampf des U-Bootes v. Spee bei den Falklandinseln war es Becker gelungen, sich zu retten. Er war dann längere Zeit in Südamerika interniert.

Großfeuer bei Krupp. In den Kruppischen Holzbaracken in Essen a. Ruhr, die während des Krieges erbaut worden sind, brach Großfeuer aus, das sämtliche Baracken zwischen der Vorderstraße und der Kruppstraße vernichtete. In den Baracken war das Möbelloager der Rheinisch-Westfälischen Möbelfabrik untergebracht, das einen Millionenwert repräsentiert. Die Möbel sind sämtlich ein Raub der Flammen geworden. Ein Teil der Baracken wurde von der Stadt als Krankenanstalt benutzt. Auch dieser ist den Flammen vollständig zum Opfer gefallen. Ob die zahlreichen dort untergebrachten Kranken sämtlich gerettet werden konnten, ließ sich noch nicht feststellen.

Aus dem Gerichtssaal.

Der Justizrat als Dieb. Unter der Anklage des Diebstahls hatte sich vor einer Berliner Strafkammer ein in den besten finanziellen Verhältnissen lebender Justizrat zu verantworten. Der Angeklagte hatte in einem Geschäft im Berliner Westen Einkäufe gemacht und bei dieser Gelegenheit ein Portemonnaie und zwei Damenhandtaschen in seiner Umarmung verschwinden lassen. Obwohl die medizinischen Sachverständigen in ihrem Gutachten einschrieben, daß der Justizrat an einer pathologischen Bekreuztheit, Befahrenheit und Vergeßlichkeit leide, verurteilte ihn das Gericht zu drei Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust.

Freisprechung der Marburger Zeitfreiwilligen. Im Prozeß gegen die Marburger Zeitfreiwilligen wegen Erschießung einer Anzahl von Bewohnern des thüringischen Ortes Bad Thal beantragte der Anklagevertreter gegen die Angeklagten Engelbrecht, Strauß und Jahn zwei Jahre Gefängnis. Das Urteil des Kriegsgerichts lautete auf Freisprechung sämtlicher Angeklagten.

Der Prozeß im Hause Sachsen-Meinungen. Im Rechtsstreit des ehemaligen Herzogs Bernhard von Sachsen-Meinungen gegen die Gemahlin seines Neffen, des Prinzen Georg, eine geborene Gräfin Korf, auf Unterlassung der Führung des Namens Sachsen-Meinungen, hob das Oberlandesgericht Jena das Urteil des Landesgerichts Meinungen, das der Klage stattgegeben hatte, auf.

Neueste Meldungen.

Gesichte am oberen Euphrat.

London. Neuter erzählt: Außer den Gesichten im Gebiet von Mossul ist es auch am oberen Euphrat zu schweren Räumungen gekommen. Die Kraber haben sich infolge der Entsendung einer Strafkolonne zurückgezogen. Die Strafkolonne ist in ihre bisherige Garnison zurückgekehrt, nachdem sie die Strafmaßnahmen durchgeführt hatte. Ein kleinerer Aufstand 30 Meilen nördlich von Mossul verursachte englische Verluste in Höhe von 30 Mann. Die Verluste der Kraber sind beträchtlich.

Vom Schülerstreik in Serne.

Serne i. W. Von 8000 Kindern der hiesigen katholischen Volksschulen befinden sich seit dem 1. Juni 7500 im

Streik. Der Herner Zentral-Elternausschuß verlangt die anderseitige Verwendung von vier Lehrern, die nicht mehr dem Boden der katholischen Weltanschauung stehen.

Unglaubliche Reichenhäudung.

Görlitz. Hier wurde die Tochter eines hiesigen Stadtgartenbesizers beerdigt. In der Nacht ist von unbekanntem Täter das Grab aufgeschloffen, der Sarg erbrochen, die Leiche vollständig entkleidet und der Sarg beraubt worden. Die Leiche selbst wurde nach am Grabe aufgefunden.

Der Generalstreik in der Pfalz.

Ludwigshafen. Der Generalstreik wird nur zum Teil durchgeführt. Alle lebenswichtigen Betriebe müssen auf Anordnung der französischen Behörden arbeiten, ebenso die städtischen und die staatlichen Beamten, denen im Belagerungsfall Abschiebung auf das rechte Rheinufer angedroht wird. Die Bäder in der Stadt sind geschlossen. Die Straßenbahnen verkehren nicht, dagegen wird der Eisenbahnbetrieb zum Teil aufrechterhalten. Die Ruhe in der Stadt war nirgends gestört. Die Zeitungen erscheinen nicht.

Abgabe vom Vermögenszuwachs.

Berlin. Nach dem Gesetz über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs sind die Steuerpflichtigen berechtigt, Vorauszahlungen auf die noch nicht veranlagte Kriegsabgabe zu leisten. Es liegt im Interesse der Steuerpflichtigen, von dieser Möglichkeit ausgiebigen Gebrauch zu machen, denn nach § 24 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes werden bei Vorauszahlungen 8 % Brothschulden zugunsten der Steuerpflichtigen berechnet.

Volksabstimmung in Amerika.

Washington. Der republikanische Präsidentschaftskandidat Harding hat Wilsons Veranlassung, den Friedensvertrag der Abstimmung des amerikanischen Volkes zu unterwerfen, angenommen. Er sagte, es sei sicher, daß die Haltung der Republikaner in der Frage der auswärtigen Beziehungen Amerikas von der überwiegend größten Mehrheit des Volkes unterstützt werde.

Letzte Drahtberichte des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Ein Attentat auf den früheren Kaiser Wilhelm.

Paris, 21. Juni. (tu.) Wie aus dem Haag gemeldet wird, ist gegen den früheren deutschen Kaiser Wilhelm ein Attentat verübt worden. Ein Deutscher, der sich als Arbeiter verkleidet hatte, verschaffte sich in das Schloß Eingang unter dem Vorwand, die Wasserleitung reparieren zu müssen. Der Mann erwartete den Kaiser in der Halle und suchte ihn mit einem Instrument zu töten. Er verlegte ihm am Kiefer. Der Täter wurde sofort verhaftet, verweigert jedoch jede Auskunft über seine Absichten.

Auf dem Wege zur Regierung.

Berlin, 21. Juni. (tu.) Die Deutsche Volkspartei hat den Präsidenten Fehrenbach eine neue Formulierung der wichtigsten Sätze des Regierungsprogramms überreicht, die sich noch mehr an die bekannten Forderungen der demokratischen Partei anlehnen, insbesondere entspricht diese Formulierung den Voraussetzungen, die von den Demokraten als unerlässlich für ihren Eintritt in die Regierung bezeichnet worden sind, und zwar das Bekenntnis zur Weimarer Verfassung und zur republikanischen Staatsform. Die Kabinettsbildung ist daher mit Bestimmtheit am heutigen Montag zu erwarten. Sonntag haben nach Vereinbarung aller Beteiligten Verhandlungen nicht stattgefunden.

Im Kampf um die wirkliche Selbstbestimmung.

Berlin, 21. Juni. (tu.) Im Zirkus Busch fand gestern eine Kundgebung gegen die Unterdrückung der Deutschen und die Beschränkung der Freiheit in den Abstammungsgebieten statt. Der Zirkus war bis auf den letzten Platz gefüllt. Es sprachen aus den Grenzländern Janßen (Schleswig-Holstein), Dr. Krieger und ein weiterer Redner, ferner Vertreter von Dps und Westpreußen und Oberschlesien. Sie betonten alle, daß die Grenzländer auch weiterhin in ihrem Kampf um die wirkliche Selbstbestimmung fortfahren. In einer Entschlieung erhob die Versammlung scharfen Einspruch gegen jede mit Friedensvertrag, Völkern und Selbstbestimmungsrechte unvereinbare Vergewaltigung.

Die Wohnungsnot in Thüringen.

Weimar, 21. Juni. (tu.) Nach einer vom Sachsen-Weimarschen Staatsministerium aufgestellten Statistik fehlen in Sachsen-Weimar 3500 und in ganz Thüringen 14000 Wohnungen. Die Baukosten für die erforderlichen Neubauten werden sich für Sachsen-Weimar auf 70000000 Mk. und für Thüringen auf 280000000 Mk. stellen. Die mit 14 Prozent vorgeschlagene Mietssteuer würde für Sachsen-Weimar 25000000 Mk. und für Thüringen 100000000 Mk. ergeben. Daraus ist zu ersehen, daß ohne die Aufnahme einer Anleihe die Wohnungsnot nicht behoben werden kann.

Die Türken bitten um weiteren Aufschub.

Rom, 21. Juni. (tu.) Die Türkei erbittet eine weitere 14tägige Frist zur Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, den 21. Juni 1920.

Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Meißen am 14. Juni.

(Schluß.)

Regierungsamtmann Berger berichtete über die Regelung der Selbstverforgung mit Brotgetreide im Wirtschaftsjahre 1920/21. Es wird vorgeschlagen, den Selbstverforgern die Wahl zu lassen, ob sie die ihnen zuzurechnenden Brotgetreidemengen auf Mahlmüllern selbst vermahlen und verbacken lassen, oder ob sie es bei der bisherigen Regelung der Zuteilung der entsprechenden Mengen von Brotarten belassen wollen. Gutsbesitzer Schreiber begrüßte die Vorlage und bemerkte, daß die Landwirte nun nicht mehr nötig haben werden, ihre Erzeugnisse auf dem Umwege durch den Kommunalverband teurer zurückzulassen, als sie sie abgeliefert haben. Nach einem Schlußwort des Amtshauptmanns, der die künftige Kontrolle der Bäcker und Mühlen als besonders schwierig bezeichnete und darauf hinwies, daß sich jeder Landwirt bis zu einer gewissen Frist schlüssig machen müsse, welcher Regelung er den Vorzug gebe, und an seine Erklärung für die ganze Dauer des Wirtschaftsjahres gebunden sei, beschloß der Bezirksausschuß einstimmig nach dem Vorschlage des Referenten. — Zu den Kosten der Triebischregulierung in Herzogswalke

wird eine einmalige Beihilfe in Höhe von 500 Mark bewilligt. Zu Punkt 14 der Tagesordnung über Bezirkssteuern referierte Amtshauptmann Dr. Sievert. Der Bezirksrat hat am 15. März 1920 beschlossen, für das Jahr 1920/21 Bezirkssteuern nach dem Einheitsfakt des Jahres 1919, d. h. 13 Pfg. für die Mark Einkommensteuer und 1,50 Mark für die Mark Grundsteuer, zu erheben. Dabei sollte die Staatssteuerschätzung für 1919 zugrunde gelegt werden. Auf Vorschlag des Gemeindevorstandes Glöckner in Weinböhla beschloß der Bezirksausschuß einstimmig den Ausführungen des Amtshauptmanns entsprechend, den von der Bezirksversammlung über die Erhebung der Bezirkssteuern für das Rechnungsjahr 1920/21 gefaßten Beschluß bestehen zu lassen, die Bezirkssteuern aber zunächst nicht in voller Höhe auszusprechen, sondern 2 Termine vorzusehen und vorerst nur den 1. Termin einzuziehen.

Alsdann schilderte der Amtshauptmann an der Hand einer Verordnung des Finanzministeriums und des Ministeriums des Innern die Schwierigkeiten, die in den Gemeindegemeinschaften dadurch entstehen, daß die Reichseinkommensteuer noch nicht fließt, die Ausgaben der Gemeinden aber greifbare Deckungsmittel erfordern. Unter anderem weist die Verordnung darauf hin, daß den Gemeinden nichts anderes übrig bleibt, als sich für die dringenden Aufgaben die Mittel im Wege des vorübergehenden Kredits zu beschaffen. Das Ministerium ist bereit, den Kredit des Staates unter besonderen, etwas komplizierten Bedingungen zur Verfügung zu stellen. Am das Verfahren zu vereinfachen, ist der Amtshauptmann soeben mit einem hiesigen Bankunternehmer in Verhandlung getreten und hat unter noch günstigeren Voraussetzungen die Zusage erhalten, daß den Gemeinden der Amtshauptmannschaft Meißen, soweit sie es wünschen, unmittelbar kurzfristige Darlehne gewährt werden sollen. Die näheren Bedingungen werden den Gemeinden noch bekanntgegeben und die Benutzung des Angebots besonders empfohlen werden.

— „Es kommt doch heute noch ins Blatt!“ Mit diesem Wunsche treten fast an jedem Erscheinungstage unserer Zeitung noch in später Vormittagsstunde die Aufseher von Inseraten an uns heran, trotzdem wir in regelmäßigen Zeitabständen in unserer Zeitung immer wieder darauf aufmerksam machen, daß nach 10 Uhr vormittags Inserate nicht mehr aufgenommen werden können. Die Betreffenden bedenken hierbei nicht, daß bei der schwierigen technischen Herstellung einer Zeitung bei Erfüllung auch nur eines solchen Wunsches die Herausgabe der Zeitung oft um eine halbe Stunde und mehr hinausgeschoben wird. Kommt dies einmal vor, geben auch sofort Klagen von Seiten unserer Leser ein, daß sie die Zeitung erst so spät erhalten haben. Wir möchten deshalb alle unsere verehrten Inserenten herzlich bitten, eine rechtzeitige Aufgabe ihrer Inserate zu ermöglichen. Selbstverständlich werden wir in Ausnahmefällen, wie Sterbefällen und ähnlichen dringenden Veranlassungen die weitgehendsten Zugeständnisse machen und die Aufnahme auch noch in späterer Stunde zu ermöglichen suchen. Sollte sich dadurch ab und zu die Ausgabe unserer Zeitung etwas verzögern, so bitten wir unsere geschätzten Leser, auch ihrerseits etwas Nachsicht und Geduld zu üben.

— Das neue sächsische Wahlgesetz. Der ursprüngliche Regierungsentwurf für das sächsische Wahlgesetz hat in der am Freitag stattgefundenen Sitzung des Gesamtministeriums noch in zwei Punkten eine Aenderung erfahren. Zunächst hat man die Absicht, das Land in 10 kleinere

Wahlkreise zu teilen, mit Rücksicht darauf, daß die Umstellung auf neue Wahlkreise den Parteiorganisationen viel Schwierigkeiten bereiten würde, aufgegeben und die Beibehaltung der bisherigen drei Wahlkreise beschlossen. Ebenso wurde die Zahl der Abgeordneten, die bisher 96 betrug, auf 84 herabgesetzt, weil das Gesamtministerium der Auffassung war, daß Erspornisgründe und die Einschränkungen, die der Aufgabenkreis des Landes durch die Reichsverfassung erfahren hat, die Herabminderung für gerechtfertigt erscheinen lassen.

— Keine Verkehrseinschränkungen für Sachsen im Herbst. Bekanntlich sollen auf Grund einer Mitteilung des Reichsverkehrsministeriums neue Verkehrseinschränkungen in der Personenbeförderung zum Herbst zu erwarten sein. Diese voraussichtliche Einschränkung wird, wie wir an maßgebender Stelle erfahren, auf Sachsen kaum Anwendung finden. Wir hätten hier höchstens mit den bekannten Einschränkungen zu rechnen, die durch Abflauen des Ausflugsverkehrs eintreten.

— Einkommensteuermarken. Heute, 21. Juni, beginnen die Postanstalten mit dem Verkauf der neuen Einkommensteuermarken. Die Marken werden in den Werten von 10 und 50 Pfg. sowie von 1, 2, 5, 10 und 25 Mf. ausgegeben. Da der Vorrat an Einkommensteuermarken bei den Postanstalten vorläufig noch gering ist, kann jeder Arbeitgeber zunächst nur etwa ein Viertel des Vierteljahrsbedarfs beziehen. Voraussichtlich am 20. Juli werden die Postanstalten die weiteren Marken abgeben können.

— 33000 Mf. Reichsschulden auf den Kopf. Eine Schuldenlast von 200 Milliarden Mark liegt heute schon auf dem Deutschen Reiche, das sind auf den Kopf 33000 Mf., ohne die noch festzustellenden Wiedergutmachungsansprüche der Entente.

— Ein ganz neuer Fernsprechtarif. Die Reichspostverwaltung plant, da trotz der Erhöhung aller Gebühren mit einem Fehlbetrag von über 1 Milliarde zu rechnen sei, einen neuen Tarif für Fernsprechtarife, der nach ganz neuen Grundsätzen aufgestellt werden soll, und zwar nach Maßgabe der Benutzung jedes einzelnen Apparates.

— Eine recht üble Auktion macht sich jetzt wieder bemerkbar, und zwar das Wegwerfen von Kirschkernen auf die Fußsteige. Schon mancher Arm- oder Beinbruch ist von so einem kleinen, unscheinbaren Kirschkernchen, das achillos weggeworfen wurde, verursacht worden. Möchten doch diejenigen, die ihre Kirschen auf der Straße verzehren, dann auch so vernünftig sein und die Kerne in die Tüte sammeln anstatt damit den Bürgersteig zu bedecken.

— Regelung der Mietpreissteigerungen durch Landesgesetz. Nach einer Korrespondenzmeldung steht eine landesgesetzliche Regelung der Mietpreissteigerungen in Sachsen noch vor Ablauf dieses Monats bevor.

— Lederpreise und Schuhwarenpreise. Der in Leipzig tagende Zentralverein der deutschen Lederindustrie hat in einer einstimmig angenommenen Entschließung erklärt, die Lederpreise so zu gestalten, daß sie sich aufbauen auf den jeweiligen Weltmarktpreis der Rohware und des fertigen Leders, und zwar ohne Rücksicht auf die in den Betrieben befindlichen wesentlich teureren Bestände.

— Für Angler. Der bekannte Befürworter der Zharanditer Forellenzüchterei Rudolf Vinke in Edle Krone stellt die vom ihm erpachtete Talperre Walter Sonntag, den 11. und Montag, den 12. Juli dem Angelsport für ein Preiswettangeln zur Verfügung. Hierbei sind Preise

und Fanganteile für die besten Fangergebnisse ausgesetzt. Da die Talperre Walter reich besetzt ist mit Edelkissen aller Art — Forellen, Maränen, Barschen, Kottaugen, Kotschtern, Schleien, Karpfen, Bleien und Gründlingen — bietet sich für Angler eine willkommene Gelegenheit zur Ausübung des gesunden Angelsports. Teilnehmerkarten zu 10 Mark werden bis zum 5. Juli in beschränkter Zahl ausgegeben bei der Firma Richard Zeumer, Dresden-A., Schloßstraße 22 und im Gasthof zur Talperre Walter.

— Meißen. In den letzten Tagen sind auf der Strecke der Kleinbahn Lommagisch-Meißen einer Anzahl Schleihändler, die zumeist aus Dresden stammen, etwa 70 Stücker Butter abgenommen und beschlagnahmt worden.

— Richtenstein. Bei der Glockenabnahme an der St. Laurentius-Kirche brach ein Balken, wodurch die große Glocke abstürzte und in Trümmer ging.

— Chemnitz. In der Vorstadt Kappel in der Nähe der Lühnowstraße fuhr ein Güterzug beim Rangieren einem anderen Güterzug in die Flanke. 6 Güterwagen wurden schwer beschädigt; ein Wagen war umgekippt. Der Rangierer glücklicherweise unter einen Wagen und wurde schwer verletzt. Der Bahnverkehr mußte 3 Stunden unterbrochen werden.

— Elsterberg. Hier schoß der 12jährige Schulknabe Schultheß aus einem Gewehr, das sein Vater zur Veranschaulichung der Spielzeuge benutzte, auf seinen vorübergehenden 19jährigen Schwager und traf ihn so unglücklich, daß er nach kurzer Zeit starb. Der Junge hatte geglaubt, daß das Gewehr ungeladen sei.

— Zeulenroda. Infolge der schwierigen Zeitverhältnisse haben sich die hiesigen Textilarbeiter damit einverstanden erklärt, für den um 80 Pfennige pro Stunde niedrigeren Chemnitzer Tarif zu arbeiten.

Briefkasten.

Rechte Johanna, Wilsdruff. Wir wollen nächstens Hochzeit halten, wir sind aber noch nicht ganz einig über die Farbe der Schuhe, wir dachten, beide egal hellbraune Schuhe zu tragen, aber meine großen Brüder und die lieben Tanten und Verwandten sind der Meinung, daß für den Bräutigam schwarz und für die weißgekleidete Braut nur weiße Schuhe passen. Wie denken sie darüber? — Bei den jetzigen Schuhpreisen wird nicht darauf gesehen, was passend ist. Die Hauptsache ist, daß die Schuhe praktisch sind, daß sie später auch bei nicht schönem Wetter abgetragen werden können. Im übrigen ist es Geschmackssache, Onkel denkt, wenn nur beide mit guten treuen Hergen vor den Altar treten, die Farbe der Schuhe hat nichts zu sagen.

Postkempel Wilsdruff. Es läßt sich nicht ohne weiteres zu Ihrer Ehestandsmifere etwas sagen. Hat Deine Frau die Hosen an Und Dich unterw Pantoffel, Geh schwelgen Deines Lebens Bahn Als echter Schotensoffel. Was fragst Du Gottlieb bei uns an? Wir können es nicht wandeln, Es läßt sich stets ein jeder Mann Wie er's verdient behandeln.

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten.

Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Zschanke in Wilsdruff. Verantwortlich für die Schriftleitung: Hermann Löffig, für den Inseratenteil: Arthur Zschanke, beide in Wilsdruff.

Lindenschlöbchen.

Dienstag den 22. Juni 4773

1. Sommerkonzert der Stadtkapelle

unter gütiger Mitwirkung der Konzertsängerin Fräulein Doris Rost.

Anfang 7 Uhr. Eintritt 1.50 Mf.

Feingewähltes Programm.

Nach dem Konzert feiner Ball.

Hierzu laden ergebenst ein E. Römisck Ernst Horn.

Grüne Stachelbeeren

läuft jedes Quantum 4768 Jäpel, Mohorn.

Sieben erschienen:
Adressbuch der Landgemeinden i. d. Amtshauptmannschaft Meißen einschl. der Städte Roffen, Lommagisch, Wilsdruff und Siebenlehn, sowie der selbständigen Outbezirke.
Enthaltend eine genaue Uebersicht der gesamten Einwohnerzahl d. Amtshauptmannschaft Meißen und der oben angeführten Städte, sowie aller in den Gemeinden und Städten bestehenden Behörden, Schulen, Kirchen, Kasernen, Vereine und sonstigen Einrichtungen.
Zu beziehen ist das Buch bis zum 1. Juli zum Vorzugspreise von 15 Mf. in Wilsdruff in der Geschäftsstelle d. Wilsdruffer Tageblattes.
Preis des Buches ab 1. Juli 20 Mf. 4773

Gasthof Helbigsdorf.

Mittwoch den 23. Juni

Großes Extra-Konzert

ausgeführt von der Dresdner Künstlerkapelle

Leitung: Oswin Jäpel.

Anfang 1/2 8 Uhr. Vorzügliches Programm.

Nachdem feiner Ball.

Vorverkauf im Gasthof Helbigsdorf.

Hierzu ladet freundlichst ein 4772 Paul Lohse.

Stroh- u. Filzhüte

Mützen jeder Art

empfiehlt noch sehr preiswert

Curt Springsklee,

am Markt. 4775

Alte Herrenfilzhüte werden umgearbeitet, auch gefärbt.

Achtung! Alte Herren-Filzhüte

werden wie neue umgearbeitet, auch gefärbt bei

Ernst Hoad, Deutschendorfer, dembekanntem Strohhutmacher.

Persönliche Annahme in den nächsten Wochen in Wilsdruff im Gasthof zur guten Quelle, Dienstags vormittags von 8-10 Uhr und abends nach 9 Uhr. 4773

Heu

kauft Louis Kühne, Hofmühle, Farnsprecher 42. 4770

Sommerprossen,

alle Flecken i. Gesicht beseitigt spurlos Creme „Ddin“.

Zu haben: 4774 Drogerie Paul Klegisch.



Ab Montag den 28. Juni stelle ich nach Ablauf 10tägiger Quarantäne einen großen Transport prima schwere, hochtragende und abgelabte

Original Wilster-Marsch-Kühe

sehr preiswert zum Verkauf. 4768

Dresden-A. H. Stoppelmann

Großenhainer Str. 13, nahe Neustädter Bhf., Fernruf 12612.

Kleediebstahl.

Jedermann hiermit z. Warnung, daß das unrechtmäßige Entwenden von Klee auf dem Kirschberge strengstens untersagt und rücksichtslos bestraft wird.

Betroffene werden ohne Ansehung der Person polizeilich belangt.

Rittergutsverwaltung Wilsdruff.

Eine fast neue

Nähmaschine

(650 Mf.), 1 gebrauchtes Vertiko, Waschtisch und Spiegel zu verkaufen. 4771

Kost, Grumbach 22 b.

Bruchkranke

Können ohne Operation und Verunstaltung gebillt werden. Sprechstunde in Dresden, Rütchhausstraße 29 l., bei Paul, am 25. Juni.

Dr. med. Knopf, Spezialarzt für Bruchleiden.